Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 49 (1969-1970)
Heft: 4: Schriftsteller und Politik

Rubrik: Kommentare und Berichte

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Kommentare und Berichte

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

Hat es sich gelohnt?

Am ersten Juni-Sonntag hatte das Schweizervolk über das ETH-Gesetz abzustimmen. Das ablehnende Resultat fiel mit 341 254 Nein gegen 179 911 Ja sehr deutlich aus. Nur die Waadt als Standortkanton der EPUL wies ein deutliches Übergewicht an Ja-Stimmen auf, und nur gerade Neuenburg schlug sich mit einer knappen Mehrheit ebenfalls ins befürwortende Lager. Für die Studentenschaften als Initianten des Referendums ergab sich damit ein bemerkenswerter Achtungserfolg, der nicht zum vorneherein zu erwarten war. Die Tatsache, dass schliesslich die meisten Parteien eine Nein-Parole beschlossen, darf nämlich nicht vergessen lassen, dass die Stimmung in der Frühphase der studentischen Kampagne noch keineswegs auf eine so starke Neinwelle hinzudeuten schien. Die Loyalität gegenüber den parlamentarischen Fraktionen, die der Vorlage seinerzeit – wenn auch allein unter dem Gesichtspunkt der Überführung der EPUL in die Regie des Bundes – einmütig zugestimmt hatten, aber auch die Rücksicht gegenüber den Anliegen der Waadt schienen die Waagschalen zunächst stärker zu belasten als die Neigung, mit einem demonstrativen Nein die hochschulpolitische Reformfreude akzentuiert unter Beweis zu stellen.

Vom nackten Resultat her gesehen, sind also die Studenten für ihren Einsatz mit überraschendem Nachdruck belohnt worden. Anderseits muss der Umstand, dass die Stimmbeteiligung von 30,6 Prozent sämtliche Tiefenrekorde seit 1848 unterboten hat, denn doch zu denken geben. Man kann sich fragen, was ein Nein noch wert sei, das lediglich von 20 Prozent der Stimmbürger gestützt wurde. Zwar lassen sich «besondere Umstände» geltend machen: Die Initianten des Referendums mussten mit einem Minimum an finanziellen Mitteln arbeiten; die Parteien ihrerseits sahen keinen Anlass, selbst tief in die ohnehin schwachdotierten Kassen zu greifen. So spielte sich die Kampagne zeitweise fast unter Ausschluss der Öffentlichkeit ab. Darüber hinaus wirkte sich auch die besondere Fragestellung dämpfend auf die Stimmbeteiligung aus: Befürworter wie Gegner der Vorlage waren sich weitgehend darüber einig, dass die Hochschulreform so oder so energisch angetrieben werden müsse. Unter diesen Umständen erschien auch das Ja der Befürworter lediglich als bedingt, womit eine schroffe Frontbildung mit entsprechendem Schlachtenlärm zum vorneherein ausgeschlossen blieb.

Zwischen Unbehagen und Hoffnung

Dies alles gebührend in Rechnung gestellt, bleibt indessen trotzdem ein Unbehagen übrig. Die erste Frage lautet so: Ist es heutzutage tatsächlich nur noch mit aufwendigen Kampagnen möglich, den Bürger an die Urne zu bringen? Die zweite ist mit der ersten verquickt: Wo stehen unsere Hochschulen in der Öffentlichkeit? Ist die magere Stimmbeteiligung nicht vielleicht auch die Folge einer allzu lange bewahrten Haltung der «splendid isolation» von Professoren und Studentenschaften? Beide Fragen bedürften der näheren Abklärung. Sicher

ist in jedem Falle, dass das Instrument des Referendums mit Vorsicht zu behandeln ist. Sollten sich solche Tiefenrekorde der Beteiligung zu sehr häufen, dann müsste diese an sich wertvolle Einrichtung unserer Demokratie auf die Dauer Schaden nehmen.

Alles in allem genommen wird man allerdings die «Aktion ETH-Gesetz» trotzdem positiv werten, gerade auch im Hinblick auf die Lage an den Hochschulen selbst. Die Tatsache, dass die Studenten doch recht breite Unterstützung gefunden haben, wird es den radikalen Minderheiten schwerer machen, ihre anarchistische Saat aufgehen zu lassen. Wie intensiv diese Kreise nach wie vor am Werk sind, zeigte die Juni-Demonstration vor dem Zürcher Obergericht mit den üblen Kleckereien und den gezielten Provokationen. Nach den ernsthaften Reformbemühungen weiter Teile der Studentenschaften erscheint deren Distanzierung von diesen Extremisten um so glaubhafter. Glaubhaftigkeit der Studentenschaften aber ist eine entscheidende Voraussetzung für die konstruktive Reformarbeit der nächsten Zukunft.

Ausweg aus der jurassischen Sackgasse?

Wenn man den ersten Kommentaren zum Bericht der Kommission Petitpierre, der am 9. Juni veröffentlicht worden ist, vertrauen darf, so beginnt sich ein Ausweg aus der jurassischen Sackgasse abzuzeichnen: Das Echo auf das Dokument ist hervorragend. Besonders positiv ist der Umstand aufgenommen worden, dass der Bericht möglichst konkret sein will, und zwar in einer Form, die offenbar auch bei einem Teil der Separatisten als diskussionswürdig erachtet wird.

Das Vorgehen ist mehrstufiger Art. Zunächst soll ein «Jurastatut» ausgearbeitet werden, das dem Jura erhebliche Autonomie *innerhalb* des Kantons Bern zubilligen würde. Dieses Statut würde dann der Variante «Eigener Kanton» gegenübergestellt. Dank einem differenzierten System der Entscheidungsbildung sollte es möglich sein, selbst Sonderzüglein der drei separatistisch gesinnten Bezirke des Nordjuras zu berücksichtigen.

Die Kommission Petitpierre hat sich also offensichtlich zwei Ziele gesetzt: Sie hat sich erstens um Verfahrenswege bemüht, welche das Klima zu entschärfen geeignet sind. Und sie hat ihre Vorschläge ferner darauf angelegt, dass eine mittlere Lösung (Sonderstatut ohne Abtrennung) in den Bereich des politisch Möglichen rückt. Das Wort haben nun die Separatisten. Sie werden sich die nächsten Schritte sehr genau überlegen müssen. Ein weiteres Verharren auf dem bisher üblichen «Ohne uns»-Standpunkt gegenüber den Bemühungen der «Vier Weisen» dürfte die separatistischen Führer selbst in eine Sackgasse bringen, aus der es wohl nicht so leicht mehr einen Ausweg geben könnte. Denn die Anträge der Kommission Petitpierre erscheinen als fair und realistisch; sie verlangen von allen Seiten Konzessionen und sollten damit den Weg zu einem eidgenössischen Kompromiss weiter geebnet haben.

Ein Patron im besten Sinn des Wortes

In der zweiten Juniwoche verstarb im biblischen Alter Dr. h.c. Carl Koechlin, ein grosser Sohn der grossen Stadt am Rhein, wie sich Bundesrat Schaffner in seiner Trauerrede ausdrückte. Dr. Koechlin hatte der Weltfirma J. R. Geigy während Jahrzehnten den Stempel seiner starken Persönlichkeit aufgeprägt. In der Verbindung von schöner Menschlichkeit humanistischen Zuschnitts mit gradliniger Führerschaft verkörperte er noch den Patron im wahrsten Sinn des Wortes, den charakterfesten Unternehmer und Wirtschaftskapitän, wie er im Zeitalter des kühlen Managertums immer seltener wird.

Das IKRK unter Beschuss

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz nimmt im Rahmen der schweizerischen Aussenbeziehungen eine hervor-

ragende Stellung ein. Immer wenn von unserer Neutralität die Rede ist, bildet das IKRK einen Faktor im Für und Wider der Argumente. Das IKRK ist indirekt zum geradezu integrierenden Bestandteil unserer Aussenpolitik im Zeichen von «Neutralität und Solidarität» geworden.

Um so schwerer fallen Kontroversen wie jene ins Gewicht, in welche das IKRK im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit in Biafra/Nigeria verwickelt worden ist. Die Krise dieser Rotkreuzaktion hat ihren vorläufigen Höhepunkt im Rücktritt von Botschafter Lindt als Generalkommissär des IKRK für Westafrika gefunden. Der frühere Botschafter in Moskau und sehr erfahrene Diplomat hatte seine Funktion im Juli 1968 übernommen. In letzter Zeit wurde er immer mehr zur Zielscheibe des nigerianischen Zorns über den nach wie vor ausbleibenden Endsieg. Er und das IKRK sind mit andern Worten zu Prügelknaben für eine Situation geworden, für die sie wohl zuallerletzt verantwortlich sind – ganz abgesehen davon, dass nicht nur Biafra, sondern auch Nigeria erheblich von der humanitären Tätigkeit profitiert hat.

Für das IKRK ist durch den «Fall Lindt» eine Lage entstanden, die es genau zu überdenken gilt. Es geht nicht nur um das Ansehen des Roten Kreuzes, sondern um die Erhaltung eines für Abertausende lebenswichtigen Hilfswerks.

Ein Papst in Genf

Am 10. Juni hatte die Calvinstadt einen grossen Tag: Papst Paul VI. kam zu Besuch. Unter grosser Anteilnahme der Bevölkerung stattete er der Internationalen Arbeitskonferenz einen Besuch ab. um damit eine demonstrative Geste im Zeichen der sozialen Gerechtigkeit zu tun. In einer grossen Rede formulierte er sein sozialpolitisches Bekenntnis, das auf gespannte Aufmerksamkeit stiess.

Nicht weniger Beachtung fand sein gleichsam beiläufiger Besuch beim Ökumenischen Rat der Kirchen. Wer auch hier auf eine demonstrative Geste gehofft hatte, der wurde indessen enttäuscht. Der Papst nahm vielmehr die Gelegenheit wahr, die verbliebene Distanz zwischen den Konfessionen deutlich zu markieren, indem er klar in Abrede stellte, dass ein Beitritt Roms zu dieser Vereinigung schon in Sichtweite gerückt sei. So oder so aber kommt der Genfer Reise des Papstes schon als blosses Faktum eine Bedeutung zu, die weit über den 10. Juni 1969 hinausstrahlen dürfte.

Zurückhaltung gegenüber der Menschenrechtskonvention

Wenn nicht die gewichtigste, so doch die längste Debatte der Junisession dürfte jene des Nationalrats über den Beitritt zur Menschenrechtskonvention des Europarats gewesen sein. Mit 88 zu 80 Stimmen nahm die Volkskammer schliesslich Kenntnis von einem Bericht des Bundesrates, dessen Schlussfolgerung auf einen Beitritt unter Vorbehalten (insbesondere Frauenstimmrecht und konfessionelle Ausnahmeartikel) abzielt. Das knappe Resultat dürfte indessen zur Folge haben, dass die Sache nicht allzu resolut vorangetrieben wird. Vor allem ist auch kaum anzunehmen, dass der Ständerat, von Haus aus ohnehin konservativer als die Volkskammer, in der Septembersession weniger Skrupeln an den Tag legen werde.

Es ist schwer zu sagen, worin die Gründe für diese bemerkenswerte Zurückhaltung liegen. Sicherlich spielte die Agitation der Frauenrechtsorganisation eine beträchtliche Rolle. Kaum weniger aber dürfte der immer wieder sichtbare Überhang innenpolitischen Denkens auch in der Aussenpolitik des Parlaments ins Gewicht gefallen sein. Unsere Parlamentarier lassen sich nur schwer dazu bewegen, von den konkreten Problemen ihrer nächsten Umwelt zu abstrahieren und in weiter gesteckten Dimensionen zu politisieren. Ob dies für die Zukunft unseres Landes wirklich die richtige Optik darstellt, bleibt indessen mehr als fraglich.

Spectator

Die «weltkommunistische» Gipfelkonferenz, um deren Zustandekommen die Sowjetführung sich seit Jahren bemüht hatte, ist in Moskau am 17. Juni nach zwölftägiger Dauer mit der Unterzeichnung eines wenig spektakulären *Hauptdokumentes* zu Ende gegangen. Die wortreiche Erklärung enthält wenig neues; sie verdient es, eher als Produkt agitatorischer Propaganda denn als Politikum eingestuft zu werden. Schon der *Titel* des Dokumentes ist charakteristisch; er heisst: «Die Aufgaben des Kampfes gegen den Imperialismus in der gegenwärtigen Epoche und die Aktionseinheit der kommunistischen Parteien und aller antiimperialistischen Kräfte.» Auf den gemeinsamen Nenner des «Antiimperialismus» haben sich die meisten der in Moskau vertretenen Parteien bringen lassen, aber selbst hier wurde keine volle Einigkeit erzielt. Nur 66 der 73 anwesenden Parteien haben das Grundsatzdokument unterzeichnet, von denen fünf Vorbehalte angemeldet haben. Vier Delegationen beschränkten sich auf die Unterzeichnung eines einzigen Kapitels, eine Partei, die dominikanische, hat die Unterschrift überhaupt verweigert – ihr ist die Linie Moskaus offensichtlich nicht revolutionär genug.

Erfolg oder Misserfolg?

Sucht man die Ergebnisse der Konferenz gesamthaft zu analysieren, so steht wohl zunächst die Überlegung im Vordergrund, dass Moskau es als Erfolg für sich beanspruchen kann, dass das Treffen überhaupt zustande gekommen ist. Im vergangenen Sommer, nach der *Invasion der Tschechoslowakei* durch die Truppen des Warschaupaktes, hatte es so ausgesehen, als ob damit auch die Weltkonferenz *ad calendas graecas* vertagt worden sei. Dem beharrlichen Drängen des Kremls ist es jedoch gelungen, die Widerstände zu überwinden und die Vertreter der «Weltbewegung des Kommunismus» an einem Tisch zu versammeln.

Dieser positive Aspekt enthält freilich einige recht bedeutende Einschränkungen. Im Georgssaal des Kremls, wo die Konferenz tagte, waren einige bemerkenswerte Lücken zu verzeichnen. So fehlten selbstverständlich die Chinesen, es fehlten die Albaner, die Nordvietnamesen und die Nordkoreaner. Auch Jugoslawien war nicht anwesend, und die Kubaner liessen sich lediglich durch einen Beobachter vertreten. Mit andern Worten: alle regierenden kommunistischen Parteien jener Länder, die nicht unmittelbar dem Griff Moskaus ausgesetzt sind, haben sich durch ihr Nichterscheinen von vornherein von der Moskauer Konferenz distanziert. Es fehlte aber auch eine so grosse Partei wie die japanische KP, und die Italiener – zahlenmässig die stärkste nichtregierende kommunistische Partei – hat sich geweigert, das Hauptdokument im vollen Umfang zu akzeptieren.

Das Bild einer aufgelockerten Front wird vervollständigt durch den Verlauf der Gipfeltagung. Zum Thema China hat sich der rumänische Staats- und Parteichef *Ceausescu* in unmissverständlichen Worten geäussert und sich scharf gegen jede Verurteilung Pekings durch das kommunistische «Konzil» gewandt. Im Schlussdokument ist denn auch kein Wort über die chinesische Frage zu finden, obwohl sie heute ohne Zweifel das Zentralproblem der kommunistischen Weltbewegung ist. Für Moskau hatte die Weltkonferenz vor allem den Zweck, eine geschlossene Front der kommunistischen Parteien gegenüber China zu schaffen. Dieses Ziel, so kann man jetzt schon feststellen, ist nicht erreicht worden. Die «gelbe Gefahr» bedroht weiterhin den Führungsanspruch des Kremls innerhalb des Kommunismus.

Gegenüber dieser ständigen akuten Drohung wiegt die Tatsache nur wenig, dass es den Sowjets offensichtlich gelungen ist, den Reformkurs der Prager

Führung endgültig oder doch weitgehend zu stoppen. Husaks Bekenntnis zu Moskau kann jedoch niemanden darüber hinwegtäuschen, dass dieses Einschwenken auf die sowjetische Linie das Ergebnis einer Politik der allerschwersten Pression ist. Die schönen Worte, mit denen sich das Grundsatzdokument gegen die Gefahren des Imperialismus wendet, klingen deshalb wie Hohn, passen sie doch uneingeschränkt auf das sowjetische Vorgehen gegenüber der nach einem eigenen Weg suchenden Tschechoslowakei. Auch der Passus über die Beziehungen zwischen den «Bruderparteien», denen «proletarischer Internationalismus, Solidarität und gegenseitige Hilfe, Respekt für die Prinzipien der Unabhängigkeit, Gleichheit und Nichteinmischung» zugesichert wird, ist kaum mehr als pure Heuchelei. In nur schwach verklausulierter Form wird in dem Grundsatzdokument die *Breschnew-Doktrin* kodifiziert, wenn gesagt wird, dass es zu den Pflichten der Kommunisten gehöre, den Sozialismus zu verteidigen und der Gegenrevolution, die die Grundlagen der sozialistischen Staatsmacht zu unterminieren suche, die gebührende Antwort zu geben.

Abbau der amerikanischen Truppenbestände in Vietnam

Während die Sowjetunion auf der Moskauer Konferenz versuchte, der Desintegrationstendenzen Herr zu werden, die ihr Imperium und die kommunistische Bewegung in der ganzen Welt erschüttern, haben die Vereinigten Staaten einen Schritt in Richtung auf einen Abbau ihrer Streitkräfte in *Vietnam* getan. Präsident Nixon ist mit dem südvietnamesischen Staatsoberhaupt *Thieu* auf der Midway-Insel im Pazifik zusammengetroffen. Ergebnis des Besuches war die Ankündigung des vorläufigen Abzuges von 25000 Mann amerikanischer Truppen aus Südvietnam. Es scheint sich dabei um einen *Kompromiss* zu handeln, nachdem unmittelbar vor Nixons Flug nach Midway in Washington von einem grösseren Truppenkontingent die Rede gewesen war, das aus Vietnam hätte zurückgerufen werden sollen.

Mit seinem Entscheid hat Nixon einem Ruf nachgegeben, der in den Wochen der *Wahlkampagne* vom vergangenen Herbst immer lauter geworden war. Neue Initiativen im Vietnamkonflikt im Sinne eines Abbaues des amerikanischen Engagements waren damals Schlagworte der innenpolitischen Auseinandersetzung. Nixon hat sich aus diesen Querelen vorsichtig herausgehalten und sich auf nichts festgelegt, um als Präsident freie Hand zu behalten. Es war ihm bewusst, wie schwierig und komplex das Vietnamproblem ist und dass jede Ankündigung von Vorleistungen «kontraproduktiv» zu wirken droht, indem sie die Haltung der Gegenseite nur versteift.

Harter Kurs der Kommunisten

Diesen zurückhaltenden Kurs hat Nixon auch während der ersten Monate seiner Administration beibehalten. Wenn er nun von ihm abgewichen ist, so wohl deshalb, weil er sich in die Lage versetzt glaubte, eine konkrete Geste tun zu müssen. Es gibt gar keinen Zweifel darüber, dass ihm von kommunistischer Seite bisher nicht das geringste Entgegenkommen gezeigt worden ist. Fast gleichzeitig mit der Ankündigung des Rückzuges eines amerikanischen Truppenkontingentes hat sich in Südvietnam eine «Gegenregierung» der «Nationalen Befreiungsfront», das heisst des Vietcong, etabliert, die von den kommunistischen Staaten prompt anerkannt worden ist.

Diese Taktik im Ringen um Vietnam lässt wenig Hoffnungen auf eine baldige Lösung des Konfliktes zu. Einer elastischen Politik der Vereinigten Staaten in Südostasien sind *Grenzen* gesetzt. Wenn auf der Gegenseite nicht das Gespür dafür vorhanden ist, wie weit man in der Konfrontation mit Amerika gehen kann, dürfte sich auch in Washington die Stimmung wieder verhärten. Einen bedingungslosen Abzug aus Vietnam können sich die USA

nicht leisten, wenn sie nicht riskieren wollen, dass das ganze Gebäude ihres Verteidigungssystems in Asien zusammenstürzt. Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass unter diesen Umständen ein Friede in Vietnam und eine Befriedung dieses Gefahrenherdes noch immer in weiter Ferne liegen.

Von de Gaulle zu Pompidou

Das französische Volk hat ein neues Blatt in seiner Geschichte aufgeschlagen. Am 15. Juni ist im zweiten Wahlgang der frühere Premierminister *Georges Pompidou* zum neuen Präsidenten der Republik gewählt worden. Der Wahlausgang war keine Überraschung. Pompidou, einst treuer Gefolgsmann de Gaulles, verkörperte Kontinuität und Stabilität in einem. Auch wenn man die Wahlsituation skeptisch beurteilt, weil die Linke sich abseits hielt und Poher keine klare Alternative zum Gaullismus war, wird man das Ergebnis vom 15. Juni (wie auch den ersten Wahlgang vierzehn Tage zuvor) als ein Bekenntnis Frankreichs zu der Regierungsform interpretieren dürfen, die ihm in den vergangenen elf Jahren von General de Gaulle vorexerziert worden ist.

Man wird sich lediglich die Frage zu stellen haben, ob Pompidou in den Mantel passen wird, den de Gaulle für sich in der Präsidialverfassung zurechtgeschneidert hat. Die halbautoritäre Regierungsform des Generals, dessen Autorität auf seinem *Charisma* beruhte, ist nicht ohne weiteres auf einen Nachfolger übertragbar. Pompidou hat zwar vergangenes Jahr gezeigt, dass er in der Lage ist, schwierige innenpolitische Situationen zu meistern. Er hat im Mai 1968 den Revolutionären der Strasse zunächst die Stirn geboten, während der Präsident in Rumänien nebulösen Zielen nachreiste. Aber zwischen den Persönlichkeiten de Gaulles und Pompidous stehen Welten, und das Experiment eines Gaullismus ohne de Gaulle hat erst seine Probe zu bestehen.

Hoffnungen und Spekulationen

Der Wechsel an der Spitze Frankreichs hat weitherum Hoffnungen geweckt, dass nun eine neue Epoche in der französischen Aussenpolitik anbrechen werde. Vor allem in jenen europäischen Ländern, in denen eine Erweiterung des Gemeinsamen Marktes durch die Aufnahme Grossbritanniens befürwortet wird, spekuliert man – wenn auch in vorsichtiger und zurückhaltender Weise – auf einen Kurswechsel. Konkrete Symptome dafür sind freilich nicht vorhanden, und es scheint auch nicht wahrscheinlich, dass in dieser Frage in absehbarer Zeit Pompidou das Steuer um 180 Grad herumwerfen wird. Auch in Washington richtet man sich darauf ein, dass in der atlantischen Politik Pompidou zum Fortsetzer der Linie de Gaulles wird. Die Administration Nixon hat sich in europäischen Fragen auf eine *Verständigung mit Frankreich* eingerichtet, und es hat nicht den Anschein, als ob die Beraterteams im Weissen Haus und im Staatsdepartement von diesem Kurs abzuweichen gewillt wären. Aber man kann doch nicht verkennen, dass sich überall – in Europa wie jenseits des Atlantik – die geheime Hoffnung breit macht, mit dem Ausscheiden des Generals werde ein etwas konzilianterer Geist in Paris Einzug halten. Ob das zutrifft und ob ein Präsident Pompidou im Elysée bereits eine Abkehr von der einzelgängerischen Politik Frankreichs bedeutet, bleibt abzuwarten. In der Ära de Gaulle sind manche Weichen in einer Weise gestellt worden, die einen neuen Kurs erschweren, wenn nicht überhaupt verunmöglichen.

Fabius

Die handelspolitischen Sondierungen der USA

Die handelspolitischen Sondierungen der USA in Europa und in Asien sind auch in den vergangenen Wochen weitergeführt worden. Nachdem der USA-Handelsminister Stans die Strapazen einer sehr ausgedehnten Erkundungsreise auf sich genommen hatte, traf in der ersten Hälfte Juni auch der USA-Landwirtschaftsminister *Hardin* in Brüssel ein, während der Präsident der EWG-Kommission sich nach den Vereinigten Staaten begab. Die neuralgischen handelspolitischen Fragen beziehen sich weiter auf die Textillieferungen nach den USA, auf die Wirkung der von der EWG eingeführten Mehrwertsteuer im grenzüberschreitenden Verkehr, auf einige agrarpolitische Probleme sowie auf den Wunsch Europas, die USA möge das anachronistische American Selling Price System abschaffen. Konkrete Ergebnisse waren bei diesen Erkundungsgesprächen nicht zu erwarten. Und es ist, nachdem sie nunmehr über die Bühne gegangen sind, auch nicht wahrscheinlich, dass eine grossangelegte, neue Verhandlungsrunde im Schosse des GATT bevorstehen könnte. Dazu scheint die Zeit noch nicht reif. Die Amerikaner stiessen bei ihrer Forderung, ihre Handelspartner möchten sich auf eine freiwillige Beschränkung der Textilexporte einigen, auf eine zwar höfliche, in der Sache aber deutliche Ablehnung. Auch bei den agrarpolitischen Differenzen sollen die schwebenden Fragen mehr pragmatisch, auf dem Wege bilateraler Kontakte zwischen den USA und der EWG behandelt werden.

Die *konjunkturelle Entwicklung* ist in den USA nach wie vor durch ein uneinheitliches Kräftespiel, durch gegenläufige Tendenzen gekennzeichnet. Die Massnahmen Nixons zur Inflationsbekämpfung und zur Abkühlung der Überhitzungserscheinungen haben – was auch nicht zu erwarten war – noch keine ausreichende Wirkung entfaltet. Die Preiserhöhungen halten an, und die bremsenden Kräfte sind noch zu schwach, als dass sie eine eindeutige Tendenzumkehr hätten provozieren können. – Von Interesse war sodann auch der Besuch von Bundeswirtschaftsminister *Schiller* in den USA, der in der Folge, insbesondere in der britischen Presse, massive Spekulationen auslöste. Die Zusammenkunft Schillers mit den Spitzen der amerikanischen Wirtschaft verlief aber nicht so dramatisch, wie die angelsächsische Presse es darstellte. Schiller und seine Gesprächspartner sind sich darin einig, dass die Schaffung von Sonderziehungsrechten beim Internationalen Währungsfonds (IMF) im Herbst in Aussicht genommen werden könnte. Dieses neue Instrument sei als ein wichtiger Schritt in der Weiterentwicklung der internationalen Währungsordnung zu betrachten. Schiller zeigte in dieser Beziehung allerdings – und begreiflicherweise – eine grössere Zurückhaltung als seine amerikanischen Verhandlungspartner.

Die Bundesrepublik Deutschland nach dem Aufwertungsverzicht

Dem neuesten Quartalsbericht der Bundesbank ist zu entnehmen, dass die konjunkturellen Anspannungen in der Bundesrepublik ein erhebliches Ausmass angenommen haben; die Produktionsfaktoren sind, so stellt die Bundesbank fest, überfordert und die Bundesrepublik ist der akuten Gefahr einer eigentlichen *Boomsituation* mit all ihren Nachteilen ausgesetzt. Ein starker, und trotz der «Quasi-Aufwertung» kaum gebremster Nachfragedruck kommt aus dem Ausland. Der Exportüberschuss hat noch nicht abgenommen, so dass der «Mechanismus» der importierten Inflation bereits in Aktion getreten ist. Es kann nicht erstaunen, dass sich die Bundesbank, die sich seit dem letzten Herbst mit Vehemenz für eine Aufwertung der D-Mark eingesetzt hatte, den Ersatzmassnahmen der Regie-

rung skeptisch gegenübersteht. Es wird zwar, und dies nicht ganz unbegründet, behauptet, dass sich Bundeskanzler Kiesinger seinen Nichtaufwertungsbeschluss von grossen Teilen der Wirtschaft durch ein *Preisstillhalteversprechen* habe honorieren lassen. Sollte dies der Fall sein, und vieles spricht dafür, so würde die Preisfront vermutlich erst nach den Wahlen vom 28. September in Bewegung geraten.

Prof. *H. Giersch*, prominentes Mitglied des Deutschen Sachverständigenrates und engagierter Aufwertungsbefürworter, stellte zu dieser Problematik im Rahmen einer Vortragsveranstaltung in Zürich (Schweizerisches Institut für Auslandsforschung) nochmals eindrücklich ins Licht, dass sich die Bundesrepublik in einer Wirtschaftslage befinde, in der starke destabilisierende Kräfte am Werke sind. Er bedauerte den primär politisch gefärbten Entschluss der Bundesregierung, an der Parität der D-Mark festzuhalten, und sprach sich für die Befolgung einer Politik aus, die der Erhaltung des Geldwertes den Primat einräumt. Prof. Giersch möchte seine Überzeugung durch eine rechtzeitige und dosierte Nachfragesteuerung, durch eine konjunkturgerechte Lohnpolitik, die sich am Produktivitätszyklus orientiert, durch eine aktive Wettbewerbspolitik sowie durch eine entsprechende Wechselkurspolitik verwirklicht sehen. Der Referent erkennt am Verhalten der Kurse am Termindevisenmarkte bereits eine eskomptierte Inflationsrate von etwa 4% bis Ende des Jahres.

Schuldenkonsolidierung in Grossbritannien

Grossbritanniens Wirtschaftslage ist weiterhin wenig rosig. Zwar hat sich die Zahlungsbilanz im ersten Quartal etwas verbessert, aber sie ist noch immer stark defizitär, und die Aussichten auf eine endgültige Sanierung liegen in weiter Ferne. Das Hauptproblem sieht die Bank von England in ihrer üblichen Analyse der Wirtschaftslage vor allem in der *Lohnentwicklung*. Sollten die Löhne, wie in der Vergangenheit, steigen, so müsste daraus wiederum eine Belebung der Konsumgüternachfrage resultieren, die sich, wie das in Grossbritannien normalerweise der Fall ist, sehr rasch in einen Importsog überträgt. Eine solche Entwicklung wiederum hätte Konsequenzen bezüglich der Zahlungsbilanz und müsste damit letztlich auch die Position des Pfund Sterlings beeinträchtigen. Die Regierung Wilson muss deshalb versuchen, eine Stabilisierung der Lohnfront herbeizuführen. Diesem Zweck dienten unter anderem die stark umstrittenen Bemühungen um die *Streikgesetzgebung*, die das Verhältnis der sozialistischen Regierung und der Gewerkschaften auf eine Zerreissprobe stellte.

Eine gewisse Erleichterung ist für die britische Regierung anderseits dadurch eingetreten, dass sich der Internationale Währungsfonds – allerdings mit wenig Begeisterung – bereit erklärte, Grossbritannien einen *neuen Kredit* einzuräumen. Der Zehnerklub einigte sich anfangs Juni darauf, im Schosse der allgemeinen Kreditvereinbarungen an einem neuen, vom IMF zu gewährenden Kredit teilzunehmen. Der Zehnerklub hat beschlossen, dem IMF zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen, die zusammen mit den Mitteln, über die der Fonds bereits disponieren kann, dazu verwendet werden sollen, Grossbritannien Ziehungsrechte im Rahmen einer Beistandsvereinbarung einzuräumen. Über die Höhe und die Bedingungen des neuen Kredites wurden keine Angaben gemacht. In Washington ist jedoch durchgesickert, dass der neue Kredit zur Ablösung der Verpflichtungen verwendet werden solle, die auf die Ziehung vom Mai 1965 zurückgehen und die sich noch auf rund 1 Mia. Dollar belaufen.

Überhitzungserscheinungen in der Schweiz?

Die Anzeichen mehren sich, die auf eine *steigende konjunkturelle Anspannung* in der Schweiz hindeuten. Zwar sind seit Jahresbeginn die Konsumentenpreise noch

relativ stabil geblieben. Es kann aber kein Zweifel daran bestehen, dass sich die Wirtschaft in einem expansiven Trend befindet, der vor allem von der Auslandsnachfrage alimentiert wird. Der Auftragseingang in der Industrie ist im Steigen begriffen, und die Zuwachsraten im Export gehören zu den höchsten, die je ausgewiesen wurden. Die Grosshandelspreise haben bereits reagiert und andere Preiskategorien, vor allem im Bausektor, haben ebenfalls bereits stark angezogen. Das Kreditvolumen – ein sehr wichtiges Vorwarnungszeichen – hat sich in den Monaten April und März sprunghaft erhöht. Von der Liquiditätsseite sind keine Hemmungen zu erwarten.

Die Nationalbank hat bereits verschiedentlich auf diese bedrohliche Situation hingewiesen. Sie versucht offenbar, mit den Banken ein freiwilliges Abkommen über eine direkte Kreditbegrenzung zu erreichen. Ausserdem stehen noch gewisse finanzpolitische Möglichkeiten offen (Erzielung von Überschüssen in der eidgenössischen und in den kantonalen Rechnungen), die jedoch, wenn überhaupt, nicht stark ins Gewicht fallen dürften. Jahre nach dem «Konjunkturdämpfungsdrama» steht die Schweiz dieser Situation ebenso hilflos gegenüber wie zu Beginn der sechziger Jahre!

Oeconomicus

DIE LÖSUNG DER INTERNATIONALEN WÄHRUNGSPROBLEME: FALSCHE UND RICHTIGE ALTERNATIVEN

Eine Zuschrift

Der bekannte Wirtschaftswissenschafter Professor *Gottfried Haberler* hat in einer inhaltsreichen Abhandlung, die unter dem Titel «Internationale Währungsprobleme» in der Juni-Nummer der «Schweizer Monatshefte» erschienen ist, die aktuelle Frage untersucht, wie die während der letzten Jahre im Gefolge der internationalen Währungskrisen entstandene Tendenz zur Beschränkung des freien internationalen Güter- und Kapitalverkehrs gestoppt und ins Gegenteil gewendet werden könnte. Er sieht die Lösung in der Einführung *flexiblerer Wechselkurse* bei gleichzeitiger *Erweiterung der Bandbreiten.* Seine Ausführungen seien hier kurz kritisch gewürdigt; aus Raumgründen können freilich nur einige grundsätzliche Aspekte des Problems erwähnt werden.

Ursachen der internationalen Währungskrisen

Nach Haberler liegen die Gründe für die monetären Ungleichgewichte in den Unterschieden, welche zwischen den relevanten Industrieländern bezüglich der *Toleranz gegenüber Wachstumsverlusten* einerseits und gegenüber *Preissteigerungen* anderseits bestehen. Das Zusammenwirken dieser Faktoren verhindert eine zahlungsbilanzkonforme Wirtschaftspolitik in den einzelnen Ländern bzw. eine für den Zahlungsbilanzausgleich erforderliche Harmonisierung der Wirtschaftspolitik und der wirtschaftspolitischen Zielsetzungen zwischen den relevanten Volkswirtschaften.

Verschiedene Anzeichen sprechen dafür, dass die internationalen Währungskrisen der letzten Jahre zum Teil durch zwischenstaatliche *Unterschiede im Wirtschaftswachstum* verursacht wurden. Das Vorhandensein von Wachstumsunterschieden bewirkt, dass sowohl die für den gleichen Grad monetärer Disziplin zu erbringenden Beschäftigungsverluste wie auch die aus dem gleichen Beschäftigungsgrad resultierenden Inflationsraten unterschiedlich sind. Dabei ist zu berücksichtigen, dass zwischenstaatliche Diskrepanzen im Wirtschaftswachs-

tum letzten Endes durch *wirtschafts- und sozialethische Strukturverschiedenheiten* (Fleiss, Sparsamkeit, Risikofreudigkeit, rationales Denken und Handeln und dergleichen mehr) bedingt sind, welche, wenn überhaupt, nur in sehr geringem Mass beeinflusst werden können. Wir gelangen somit zur Schlussfolgerung, dass die primären Gründe für das ungenügende Funktionieren des bestehenden Weltwährungssystems zwar zum grösseren Teil im subjektiven Bereich des wirtschaftspolitischen Wollens (unterschiedliche monetäre Disziplin), zum kleineren Teil jedoch auch im objektiven Bereich des *wirtschaftspolitischen Könnens* (unterschiedliches Wirtschaftswachstum) liegen.

Flexibilität der Wechselkurse – kein Ersatz für monetäre Disziplin

Unseres Erachtens wäre das System flexibler Wechselkurse für die Erreichung des von Haberler gesteckten Zieles – Erhaltung des freien internationalen Güter- und Kapitalverkehrs – nur bei der Erfüllung folgender *Bedingungen* praktikabel:

1. Angesichts der Tatsache, dass wirtschaftliche Integration und schwankende Wechselkurse ihrem Wesen nach unvereinbar sind, müssten sich Ausmass und Intensität der *Wechselkursschwankungen* in verhältnismässig engem Rahmen halten, um den internationalen Güter- und Kapitalverkehr sowie den Integrationsprozess der Weltwirtschaft nicht zu beeinträchtigen.

2. Eine anhaltende *Gegenläufigkeit der Paritätsänderungen*, das heisst konstantes Tendieren einiger Wechselkurse nach unten und anderer nach oben, müssten ebenfalls vermieden oder auf ein sehr geringes Mass vermindert werden, da eine solche Entwicklung die spekulativen Kapitalbewegungen und die inflationsbedingten Strukturverzerrungen der Weltwirtschaft fördern und unter Umständen die Konvertibilität gefährden könnte.

3. Die Wechselkurse dürften *nicht manipuliert* werden, das heisst die Währungsbehörden müssten jegliche beschäftigungsorientierte Intervention auf dem Devisenmarkt unterlassen, um die Gefahr eines weltweiten Protektionismus im Stil des «catch-as-catch-can» zu beseitigen.

Wie Haberler teilweise selber zugibt, setzt die Erfüllung dieser Bedingungen ein hohes Mass an monetärer Disziplin und Harmonisierung der einzelstaatlichen Wirtschaftspolitik voraus. Angesichts der gegebenen Starrheit der Löhne nach unten kann die relative Stabilität der nicht manipulierten Währungsparitäten nur durch Fluktuationen und durch zwischenstaatliche Unterschiede in der Beschäftigung und in der Zinssatzentwicklung gesichert werden. Die praktische Funktionsfähigkeit des Systems flexibler Wechselkurse ist daher ebenso an das Vorhandensein bestimmter wirtschaftspolitischer und ökonomischer Prämissen gebunden wie die Funktionsfähigkeit des Systems fixer Wechselkurse. Der Mangel an Währungsdisziplin kann durch Änderung des Währungssystems nicht ersetzt werden. Die von Haberler aufgestellte Alternative «erhöhte Flexibilität der Wechselkurse oder Aufhebung der Konvertibilität» geht daher am Kern der internationalen Währungsprobleme vorbei. Die kausale Alternative lautet: *Erhöhte monetäre Disziplin oder Devisenbewirtschaftung.*

Sinkender Wechselkurs – Peitsche für Zahlungsbilanzdisziplin?

Haberler übersieht die obigen Zusammenhänge nicht. Er glaubt jedoch, dass in den hochentwickelten Ländern «ein absinkender Wechselkurs ein deutlicheres Gefahrensignal und eine stärkere Abschreckung vor der Inflation wäre als ein Verlust an Währungsreserven». Abgesehen davon, dass die Richtigkeit dieser These bis heute nicht eindeutig bewiesen werden konnte, sprechen sowohl die historischen Erfahrungen wie auch die vorhandenen Entwicklungstendenzen gegen sie. So ist das von Haberler erwähnte Beispiel Kanadas kein Gegenargument, da in diesem Lande, infolge ausreichender monetärer Disziplin, das System fixer Wechselkurse seit 1961 ebenso befriedigend funktioniert wie im vorange-

gangenen Dezennium das System flexibler Wechselkurse. Die mit den Abwertungen gesammelten Erfahrungen zeigen ebenfalls, dass beim Festhalten an der Vollbeschäftigung die Senkung der Währungsparität und die damit verbundene Teuerung der Importe nicht zur Dämpfung, sondern zur Fortsetzung oder sogar zur Beschleunigung der Inflation führt, was durch die gleichzeitige Verbilligung der Exporte gefördert wird.

Aber selbst aus psychologischer Sicht wirkt die These nicht überzeugend, wonach ein konjunkturpolitisch eher «schmerzloses» Absinken des Wechselkurses die monetäre Disziplin stärker stimulieren würde als der Druck der leeren Devisenkasse und die den nationalen Stolz tangierende Devisenverschuldung. Hinzu kommt, dass zwischen einer Abwertung und einem Absinken des Wechselkurses ein erheblicher politisch-psychologischer Unterschied besteht, indem das erste als Eingeständnis einer falschen Wirtschaftspolitik bzw. der wirtschaftspolitischen Ohnmacht gilt, während das zweite eine systeminhärente Erscheinung ist.

Einen entscheidenden Faktor bildet schliesslich die sich heute in verschiedenen Lebensbereichen abzeichnende Bestrebung, Vorteile zu erlangen, ohne die damit verbundenen Pflichten zu akzeptieren. Die Einführung flexibler Wechselkurse könnte diese ethische Asymmetrie verstärken und die ohnehin bestehende Neigung zur Inflation erhöhen. Die Wahrscheinlichkeit einer solchen Gefahr ist um so grösser, als die von verschiedenen Anhängern der flexiblen Wechselkurse propagierte These, wonach dieses System die Aktionsfreiheit der nationalstaatlichen Wirtschaftspolitik erhöht, in weiten Bevölkerungskreisen die falsche Vorstellung erweckt, man könne durch den blossen Übergang von fixen zu flexiblen Wechselkursen die ökonomischen Vorteile beider Systeme bei verminderter monetärer Disziplin erhalten.

Eine Frage des Masses

Wie gezeigt wurde, setzt die Funktionsfähigkeit beider hier betrachteten Währungssysteme ein Mindestmass an *monetärer Disziplin* voraus. Nur wenn diese Bedingung erfüllt ist, stellt sich überhaupt die Frage, ob die noch verbleibenden monetären Ungleichgewichte am zweckmässigsten durch zwischenstaatliche Devisenbewegungen oder durch Änderungen der Währungsparität beseitigt werden können. Für die Eliminierung monetärer Ungleichgewichte, welche daraus resultieren, dass gewisse Länder in bescheidenem Mass, aber konstant zu Zahlungsbilanzdefiziten und andere zu Zahlungsbilanzüberschüssen tendieren, bilden *flexible Wechselkurse* das zweckmässigste Mittel, da die sich wiederholenden geringfügigen monetären Ungleichgewichte durch laufende Änderung der Währungsparitäten ohne nennenswerte Funktionsstörungen des Systems aufgefangen werden können. In einem solchen Fall ist das System fixer Wechselkurse unterlegen, indem sich bei starren Währungsparitäten geringe, aber andauernde monetäre Ungleichgewichte im Zeitablauf zu Strukturunterschieden akkumulieren und eine stufenweise Wechselkurskorrektur mit den bekannten Folgen erzwingen. Das System *fixer Wechselkurse* besitzt dagegen dort eine gewisse Überlegenheit, wo sich Zahlungsbilanzdefizite und Zahlungsbilanzüberschüsse der einzelnen Länder mindestens in längerer Periode ausgleichen, so dass in der Verteilung der Weltwährungsreserven keine Strukturverschiebungen eintreten.

Die entscheidende Frage, ob der gegenwärtige Grad der monetären Disziplin zur Aufrechterhaltung der Konvertibilität ausreicht oder nicht, wird von der Wirklichkeit selbst negativ beantwortet. Dies bedeutet, dass unter den gegebenen Verhältnissen eine Erhöhung der Flexibilität der Wechselkurse für die bestehenden internationalen Währungsprobleme *keine* echte und dauerhafte Lösung bringen kann.

Michael Gál

Herr Dr. Gál ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Schweizerischen Nationalbank; er legt indessen Wert auf die Feststellung, dass seine Ausführungen eine rein persönliche Meinungsäusserung darstellen. (Red.)